

Gefährden die aktuellen Mindereinnahmen den Konsolidierungskurs?

68

Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2013

Christian Breuer

Nach den Ergebnissen der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« werden im Vergleich zur Prognose vom November 2012 Mindereinnahmen erwartet. Ähnlich wie der konjunkturelle Verlauf blieben auch die Steuereinnahmen des Staates bereits im vierten Quartal 2012 hinter den Erwartungen zurück. Zudem dämpfen Steuersenkungen das Aufkommen. Das erneut niedriger eingeschätzte Produktionspotenzial führt für sich genommen (im Vergleich zu den Schätzungen vom Herbst 2012) auch zu einer strukturellen Verschlechterung der Haushaltslage.

Steuerschätzung und Prognose-revision

Auf der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« wurde die Prognose des Steueraufkommens nach unten korrigiert. Abbildung 1 zeigt die Struktur der Steuereinnahmen seit dem Jahr 1991, wobei ab 2013 die Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« dargestellt ist.

Für das laufende Jahr wird nun ein Steueraufkommen in Höhe von 615,2 Mrd. Euro erwartet, während im Oktober 2012 noch mit 618,0 Mrd. Euro gerechnet wurde (vgl. Tab. 1). Bereits das Steueraufkommen im vierten Quartal 2012 blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. So wurden im Jahr 2012 insgesamt 2,3 Mrd. Euro weniger eingenommen, als im vergangenen Oktober geschätzt wurde. Für das Jahr 2014 wird mit einem Gesamtsteueraufkommen in Höhe von 638,5 Mrd. Euro ein um 3,8 Mrd. Euro geringeres Aufkommen erwartet. Im mittelfristigen Zeitraum 2015–2017 reduzieren sich die Mindereinnahmen wieder. Am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2017 wird mit 704,5 Mrd. Euro ein um ca. 2,1 Mrd. Euro geringeres Aufkommen prognostiziert als noch im Oktober ge-

schätzt. Die Prognosen für den mittelfristigen Zeitraum unterliegen jedoch einer erheblichen Unsicherheit.

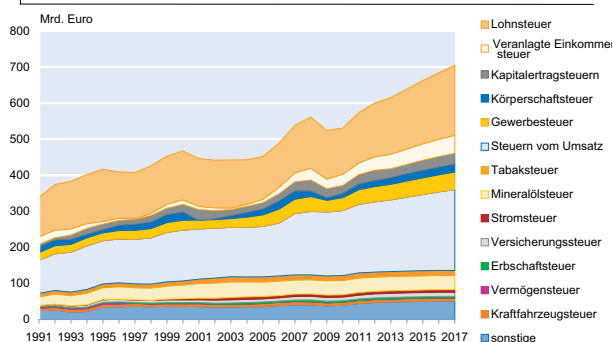
Gesamtwirtschaftlicher Rahmen

Auch die konjunkturelle Entwicklung verlief am aktuellen Rand ungünstiger als erwartet. So wurde die Überschätzung der Steuereinnahmen für das Jahr 2012 auch durch eine Überschätzung der wirtschaftlichen Dynamik im vierten Quartal 2012 verursacht. Die für das Jahr 2012 erwartete Entwicklung des nominalen BIP wurde im Oktober um 0,4 Prozentpunkte zu hoch eingeschätzt (vgl. Tab. 2). Auch für das Jahr 2013 erwartete die der Schätzung des Arbeitskreises zugrunde liegende Frühjahrsprojektion der Bundesregierung einen Zuwachs des nominalen BIP in Höhe von nur noch 2,2%, während im Oktober noch mit einem Wachstum von 2,8% gerechnet wurde. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute hat die Prognose für das Jahr 2013 ebenfalls reduziert und prognostizierte im Frühjahr ein (nominales) Wachstum in Höhe von 2,5% für das Jahr 2013 (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013).

Besonders ergiebig für das Steueraufkommen ist die Entwicklung der Löhne und Gehälter, da das Lohnsteueraufkommen der Progression unterliegt und dies die Elastizität der Steuereinnahmen zu ihrer Bemessungsgrundlage deutlich erhöht. Obgleich die Entwicklung des BIP hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, werden die erwarteten Zuwachsraten der Arbeitnehmerentgelte im gesamten Projektionszeitraum leicht angehoben (vgl. Tab. 3).

Für die mittelfristige Projektion wird davon ausgegangen, dass die deutsche Wirt-

Abb. 1
Steueraufkommen



Ab 2013: Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«.
Quelle: BMF (2013a).

Tab. 1
Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises
»Steuerschätzungen« in Mrd. Euro

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Okt. 2012	602,4	618,0	642,3	664,2	685,9	706,6
Mai 2013 Schätzungs- korrektur	600,0	615,2	638,5	661,9	683,7	704,5
	- 2,3	- 2,8	- 3,8	- 2,3	- 2,2	- 2,1

Quelle: BMF (2012; 2013a).

Tab. 2
Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen
 Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, Prognose der Bundesregierung							
Okt. 2012	3,9	2,4	2,8	2,9	2,9	2,9	2,9
Apr. 2013	3,9	2	2,2	3,3	3	3	3
Differenz	0	- 0,4	- 0,6	0,4	0,1	0,1	0,1
Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«							
Okt. 2012	8,1	5,1	2,6	3,9	3,4	3,3	3
Apr. 2013	8,1	4,7	2,5	3,8	3,7	3,3	3
Differenz	0	- 0,4	- 0,1	- 0,1	0,3	0	0

Quelle: BMF (2012; 2013a).

Tab. 3
Arbeitnehmerentgelte und Lohnsteueraufkommen
 Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Arbeitnehmerentgelte, Prognose der Bundesregierung							
Okt. 2012	4,5	3,5	2,6	2,5	2,5	2,6	2,6
Apr. 2013	4,5	3,7	3	3,1	2,7	2,7	2,7
Differenz	0	0,2	0,4	0,6	0,2	0,1	0,1
Lohnsteueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«							
Okt. 12	9,3	6,5	5,5	5,6	5,3	5,2	5,3
Apr. 13	9,3	6,7	5,4	5,6	5,5	5,3	5,3
Differenz	0	0,2	- 0,1	0	0,2	0,1	0

Quelle: BMF und BMWi (2012; 2013); BMF (2012; 2013a).

schaft bis zum Jahr 2017 das Produktionspotenzial erreicht. Das nun erwartete Produktionspotenzial hat sich allerdings reduziert (vgl. BMF und BMWi 2012; 2013).

Schätzfehler und Prognoserevision bei einzelnen Steuerarten

Die Schätzungskorrektur wird insbesondere von Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer sowie der Körperschaftsteuer verursacht (vgl. Abb. 2 bis Abb. 7). Tabelle 5 zeigt die aktuellen Schätzungen des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«, getrennt nach einzelnen Steuerarten. Der Arbeitskreis hatte auf der vergangenen Sitzung im Oktober das Auf-

kommen der Körperschaftsteuer für das Jahr 2012 um 1,5 Mrd. Euro zu optimistisch eingeschätzt (vgl. Abb. 2).¹ Dabei fielen im vierten Quartal insbesondere die Nachzahlungen für Vorjahre schwächer aus als noch im Jahr zuvor.

Zu Mindereinnahmen im Jahr 2012 führte auch das Umsatzsteueraufkommen, das ebenfalls bereits im Jahr 2012 hinter den Erwartungen vom Herbst zurückblieb. Während im Herbst noch für das Jahr 2012 ein Wachstum des realen Konsums von 1,0% erwartet wurde (vgl. BMWi 2012), wurde tatsächlich nur ein Wachstum von 0,6% erreicht (vgl. BMWi 2013). Für das Jahr 2013 werden die erwarteten Wachstumsraten des privaten Verbrauchs ebenfalls reduziert (von 1,1% auf 0,6%). Der negative Gesamteffekt für das nominale Steueraufkommen verstärkt sich in den Folgejahren entsprechend (vgl. Abb. 3 bis Abb. 7).

Die Lohnsteuereinnahmen entwickeln sich am aktuellen Rand leicht besser als noch im Oktober geschätzt und reagieren dabei auf die Entwicklung ihrer Bemessungsgrundlage. So fielen die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2012 geringfügig höher aus, als im Oktober unterstellt wurde (vgl. Tab. 3).

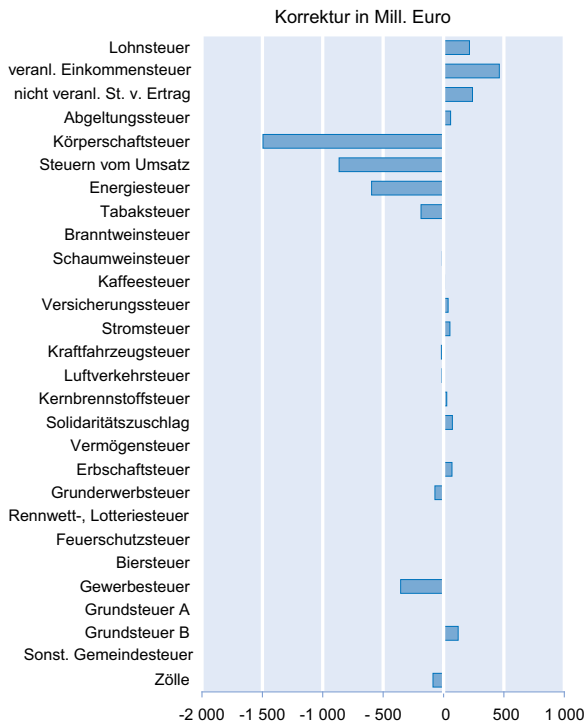
Den Lohnsteuermehreinnahmen am aktuellen Rand stehen allerdings Mindereinnahmen durch Rechtsänderungen gegenüber. Allein das Gesetz zum Abbau der kalten Progression reduziert das Steueraufkommen in den Jahren 2014–2017 um ca. 2,5 Mrd. Euro jährlich. Per saldo ergeben sich für die Lohnsteuer so in den Jahren 2014–2017 kaum Änderungen.

Konjunkturbereinigung und Schuldengrenze des Bundes

Die Mindereinnahmen am aktuellen Rand lassen sich also vor allem auf die leicht eingetrübte konjunkturelle Situation zurückführen. Theoretisch sollte die strukturelle Lage der Staatsfinanzen von dieser kurzfristigen Entwicklung nicht beeinträchtigt werden. Die Steuerquote (Steueraufkommen im Verhältnis zum BIP) ist im Jahr 2012 sogar noch einmal deutlich angestiegen (vgl. Abb. 8), und vieles deutet darauf

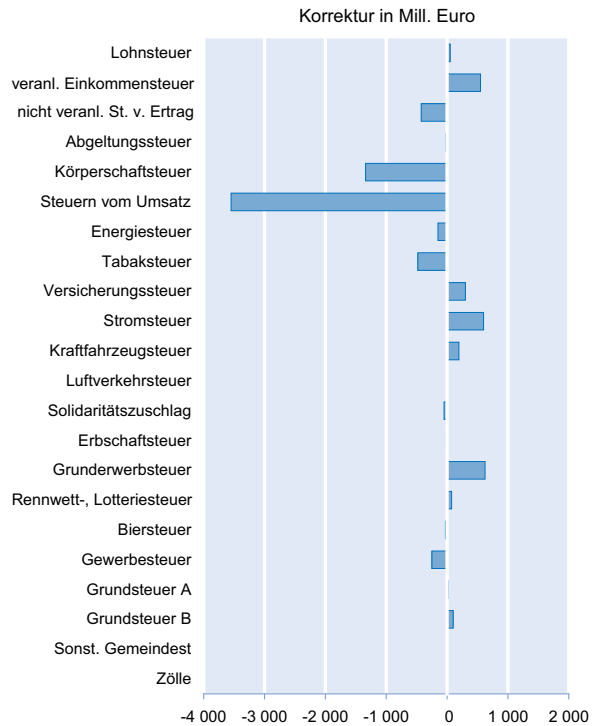
¹ Zur Steuerschätzung vom Oktober vgl. auch Breuer (2012a).

Abb. 2
Prognosefehler für das Jahr 2012
 Steueraufkommen im Jahr 2012 gegenüber Schätzung vom Okt. 2012



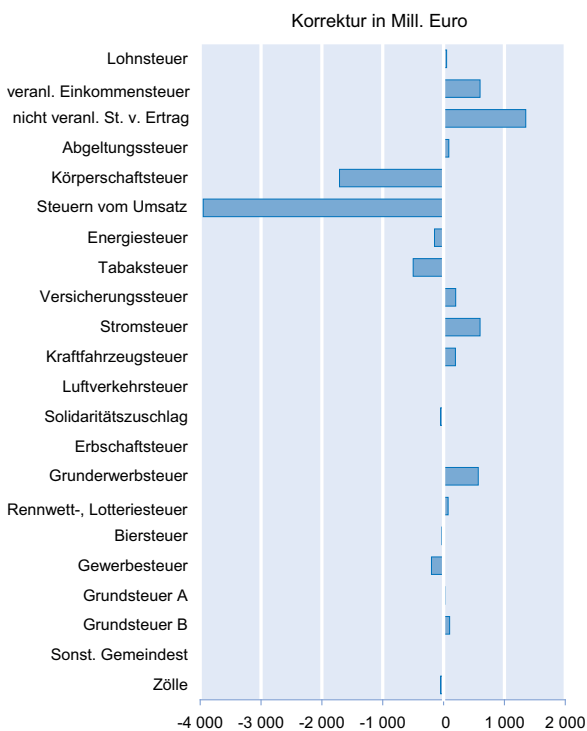
Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 4
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2014 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



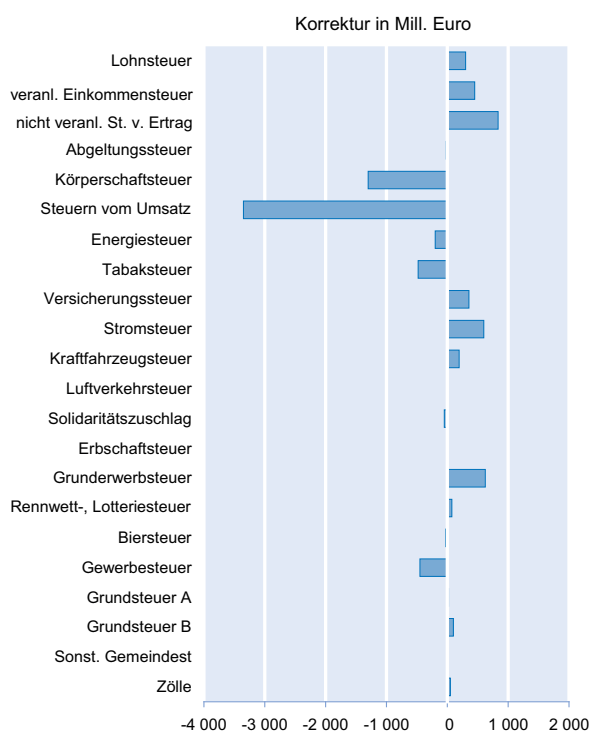
Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 3
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2013 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



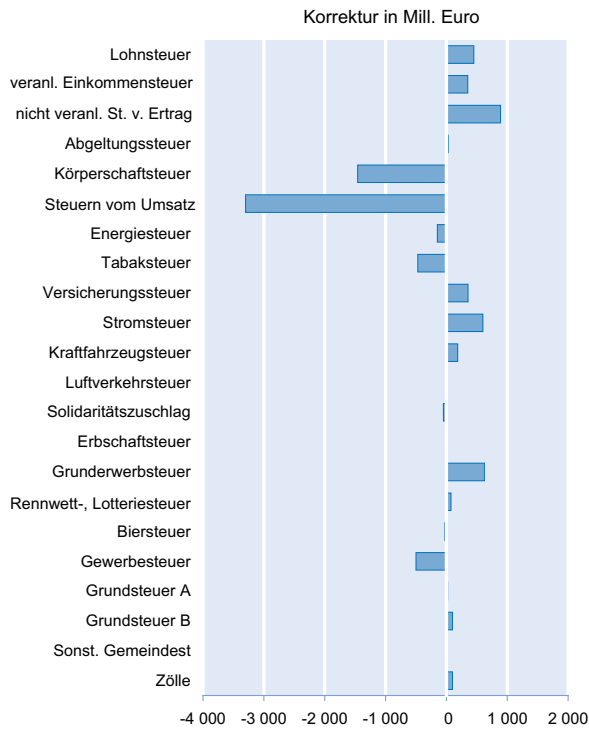
Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 5
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2015 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



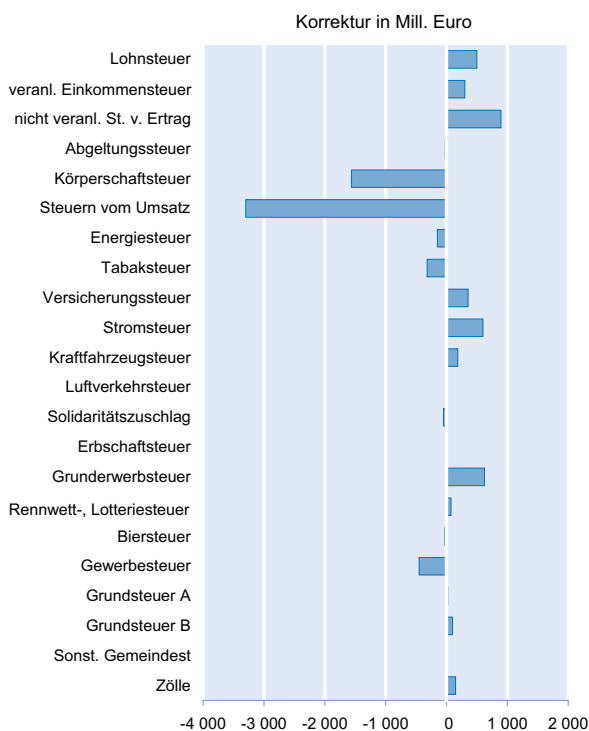
Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 6
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2016 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



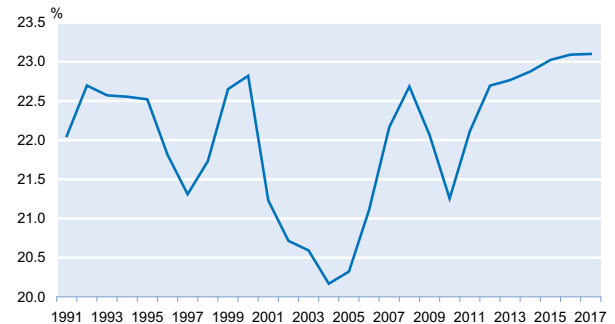
Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 7
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2017 im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2012



Quelle: BMF (2012; 2013a).

Abb. 8
Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt



Ab 2013: Prognose des Arbeitskreises "Steuerschätzungen".
Quelle: BMF (2012a).

hin, dass die Steuerquote sich auch im weiteren Verlauf verbessert, sollte es nicht zu weiteren Rechtsänderungen kommen (vgl. Breuer 2012b). Die Steuerquote steigt sogar nun stärker an, als noch im Oktober erwartet wurde. Dies spricht dafür, dass die strukturellen Mindereinnahmen in Folge von Rechtsänderungen durch andere Faktoren überkompensiert werden und so das strukturelle Defizit für die Berechnungen der Schuldenregel nicht beeinträchtigt wird. Allerdings ist nach aktuellen Schätzungen das Produktionspotenzial leicht reduziert worden, was für sich genommen das strukturelle Defizit erhöht.

Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes unter Berücksichtigung der Steuerschätzung vom Mai 2013. Dabei werden Ausgaben sowie nicht-steuerliche Einnahmen entsprechend des Eckwertebeschlusses der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und zum Finanzplan 2013 bis 2017 vom März 2013 unterstellt. Im Vergleich zu den Eckwerten der Bundesregierung erhöht der korrigierte Verlauf der Steuereinnahmen die Nettokreditaufnahme der Jahre 2013 bis 2015.

Die Konjunkturbereinigung erfolgt auf Basis der Berechnungen der Bundesregierung zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial und den Konjunkturkomponenten zum Stand der Frühjahrsprojektion 2013 (vgl. BMF und BMWi 2013). Es zeigt sich, dass im Ergebnis der Pfad voraussichtlich trotz Einnahmekorrektur und des leicht geringeren Produktionspotenzials laut Eckwerteplanung eingehalten werden kann. Den defiziterhöhenden Faktoren (Steuersenkungen und niedrigeres Potenzial) stehen daher defizitsenkende Faktoren gegenüber. Die entgegen dem konjunkturellen Verlauf günstigere Entwicklung der Löhne und Gehälter dürfte hierzu beigetragen haben (vgl. auch Breuer 2012b). Gegenüber dem Stand vom November 2012 führen aber auch die nun niedriger angesetzten Ausgaben zu einer Verringerung des strukturellen Defizits. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts insgesamt scheint daher kaum gefährdet zu sein.

Tab. 4
Bundshaushalt und strukturelles Defizit (in Mrd. Euro)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgaben*	306,8	302,0	296,9	299,2	303,4	308,7
Einnahmen	284,3	283,0	290,1	298,5	312,2	319,7
Steuern**	256,1	258,7	268,6	277,7	291,3	298,8
Sonstige Einnahmen*	28,2	24,3	21,5	20,8	20,9	20,9
Nettokreditaufnahme	22,5	19,0	6,8	0,7	-8,8	-11,0
Bruttoinlandsprodukt***	2 643,9	2 701,6	2 791,4	2 875	2 961,1	3 049,8
Produktionspotenzial***	2 648,8	2 731,5	2 813,7	2 890,7	2 968,3	3 049,8
Produktionslücke***	- 4,9	- 29,9	- 22,3	- 15,7	- 7,2	0,0
Konjunkturkomponente***	- 0,9	- 5,7	- 4,2	- 3,0	- 1,4	0,0
Strukturelles Defizit	14,0	8,1	- 0,2	- 1,6	- 9,9	- 10,5
In % des BIP des vorvergangenen Jahres	0,6	0,3	0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,4

Quelle: * BMF (2013b); ** BMF (2013a); *** BMF und BMWi (2013); Berechnungen des ifo Instituts.

Prognoserisiko

Die Prognose des Arbeitskreises ist jedoch mit Risiken behaftet. Dies gilt umso mehr, da die Prognose an strenge Annahmen gebunden ist. So kann sich die Konjunktur deutlich verändert entwickeln, als in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung unterstellt wurde, mit entsprechenden Wirkungen auf das Steueraufkommen. Insbesondere bei der Prognose der gewinnabhängigen Veranlagungssteuern bleibt abzuwarten, ob sich die Annahmen als stabil erweisen. Nachdem die Gewinne des Jahres 2010 etwa bei der veranlagten Einkommensteuer im Jahr 2012 zu deutlichen Nachzahlungen führten, haben die daraufhin angepassten Vorauszahlungen nun einen besonders hohen Stand erreicht. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind seit 2010 jedoch kaum angestiegen. Es ist denkbar, dass die Nachzahlungen ab 2013 deutlich geringer ausfallen werden als in den Vorjahren und die Vorauszahlungen kaum noch nach oben angepasst werden. Sollte es zudem zu Erstattungen für Vorjahre kommen, könnte das Aufkommen der Veranlagungssteuern dann geringer ausfallen als in der Prognose unterstellt.

Finanzpolitische Implikationen

Ein besonderes Risiko stellt die Ausrichtung der Finanzpolitik dar. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese nach der Bundestagswahl im Herbst verändern wird. Einige Parteien haben bereits Steuererhöhungen für den Fall eines Wahlsieges angekündigt. Andere Parteien haben sich mit Steuersenkungsversprechen in diesem Wahljahr eher zurückgehalten. Alle Parteien wollen allerdings die Belastung für kleine und mittlere Einkommen reduzieren, weshalb Projektionen unter der Annahme des geltenden Steuerrechts nicht unbedingt realistische Einschätzungen über die Zukunft darstellen müssen. Vielmehr dürfte es wohl bis zum Jahr 2017 zu weiteren expansiven Impulsen kommen. Dies gilt umso mehr, da

die Planungen des Bundes von strukturellen Überschüssen ausgehen. Zwar sollte die Politik sich auch an der im Grundgesetz verankerten Schuldengrenze orientieren, was umfangreiche Steuersenkungen in der aktuellen Situation kaum zulassen dürfte. Der Spielraum, den die Finanzpolitik nach den aktuellen Planungen hat, um das Defizitziel der Schuldengrenze einzuhalten (0,35% des BIP für den Bundeshaushalt), steigt jedoch mit dem Planungshorizont (vgl. Tab. 4). 2016 und 2017 erzielt der Bund wohl sogar Überschüsse in Höhe von 0,4% des BIP.

Diese Konsolidierung des Bundeshaushalts basiert allerdings auch auf einer Kürzung von Zuschüssen an die Sozialversicherungszweige und profitiert zudem von einem besonders günstigen Zinsniveau. Insgesamt werden im Jahr 2014 die Ausgaben des Bundes um 6,8 Mrd. Euro zu Lasten der Sozialversicherung gekürzt, obgleich die versicherungsfremden Leistungen der Ausgaben der Sozialversicherung wohl höher sind als der steuerfinanzierte Anteil dieser Ausgaben (vgl. auch Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013). Die Rückführung des strukturellen Defizits ist daher zu einem Teil »unecht«, da die Kürzung der Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung die Haushalte der Sozialversicherungszweige belasten und sich gesamtstaatlich nur deshalb das Defizit reduziert, weil Beitragssatzsenkungen verhindert werden.

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts wird so trotz niedrigerer Steuereinnahmen erreicht werden, jedoch unter Inkaufnahme verhältnismäßig hoher Sozialbeiträge. Die von vielen Parteien befürwortete Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ließe sich allerdings am ehesten mit einer Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge erreichen und weniger mit einkommensteuerlichen Instrumenten, da die Sozialbeiträge ausschließlich Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen belasten. Würden die Überschüsse im Bundeshaushalt in der nächsten Legislaturperiode für Steuersenkungen verwendet, dürfte dies dem Ziel der

Tab. 5
Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2013

Steuereinnahmen in Mill. Euro	realisiert				Prognose Mai 2013		
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gemeinsch. Steuern	403 567	426 190	438 805	459 458	480 733	500 263	519 933
Lohnsteuer	139 749,3	149 064,6	157 150	165 950	175 000	184 250	193 950
veranl. Einkommensteuer	31 995,7	37 262,4	40 400	43 000	45 750	48 050	49 900
nicht veranl. St. v. Ertrag	18 135,6	20 059,5	15 835	16 620	18 510	19 195	19 930
Abgeltungssteuer	8 019,8	8 234,1	8 360	8 558	8 913	93 18	9 723
Körperschaftsteuer	15 634,1	16 934,5	18 860	20 530	21 410	21 900	22 330
Steuern vom Umsatz	190 032,9	194 634,9	198 200	204 800	211 150	217 550	224 100
Bundessteuern	99 133	99 794	100 282	101 002	101 412	101 897	101 212
Energiesteuer	40 036,2	39 304,7	39 500	39 400	39 300	39 250	39 150
Tabaksteuer	14 413,8	14 143,4	13 950	14 090	13 980	14 010	13 860
Branntweinsteuer	2 149,4	2 121,4	2 100	2 080	2 060	2 040	2 020
Alkopopsteuer	1,6	2	1	1	1	1	1
Schaumweinsteuer	454,3	450	460	460	460	460	460
Zwischenerzeugnissteuer	15,7	14,3	14	14	14	14	14
Kaffeesteuer	1 028,3	1 053,5	1 045	1 045	1 045	1 045	1 045
Versicherungsteuer	10 754,5	11 138	11 350	11 525	11 655	11 730	11 805
Stromsteuer	7 246,9	6 973,2	7 000	7 000	7 000	7 000	7 000
Kraftfahrzeugsteuer	8 422,3	8 442,7	8 500	8 515	8 465	8 405	8 405
Luftverkehrssteuer	905,1	948,4	960	970	980	990	1 000
Kernbrennstoffsteuer	922,5	1 577	1 400	1 300	1 200	1 100	0
Solidaritätszuschlag	12 780,7	13 623,7	14 000	14 600	15 250	15 850	16 450
Sonstige Bundessteuern	0	0,1	0	0	0	0	0
Pauschal. Einfuhrabgaben	1,6	1,7	2	2	2	2	2
Ländersteuern	13 096	14 201	15 102	15 334	15 491	15 648	15 805
Vermögensteuer	- 4	- 1	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	4 245,9	4 304,6	4 235	4 298	4 351	4 404	4 457
Grunderwerbsteuer	6 365,5	7 389,1	8 260	8 435	8 545	8 655	8 765
Rennwett- u. Lotteriesteuer	1 420,5	1 431,7	1 560	1 560	1 560	1 560	1 560
Feuerschutzsteuer	365,4	380,4	382	382	382	382	382
Biersteuer	702,2	696,6	665	659	653	647	641
Gemeindesteuern	52 984	55 398	56 473	58 138	59 703	61 268	62 883
Gewerbesteuer	40 423,8	42 344,5	43 150	44 600	45 950	47 300	48 700
Grundsteuer A	367,8	375	390	390	390	390	390
Grundsteuer B	11 306,3	11 641,6	11 895	12 110	12 325	12 540	12 755
Grunderwerbsteuer	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gemeindesteuern	886	1 037	1 038	1 038	1 038	1 038	1 038
Zölle	4 570,8	4 462,4	4 500	4 550	4 600	4 650	4 700
Steuern insgesamt	573 351	600 046	615 162	638 482	661 939	683 726	704 533

Quelle: BMF (2013a).

Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen weniger entsprechen.

Literatur

BMF (2012), *Ergebnis der 141. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 29. bis 31. Oktober 2012 in Frankfurt/Main*, online verfügbar unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2012/10/2012-10-31-steuerschaetzung.html>.

BMF (2013a), *Ergebnis der 142. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 6. bis 8. Mai 2013 in Weimar*, online verfügbar unter:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2013/05/2013-05-08-pm-steuerschaetzung.html>.

BMF (2013b), *Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und zum Finanzplan 2013 bis 2017 sowie zum Sondervermögen »Energie- und Klimafonds«*, März 2013, online verfügbar unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Pressemitteilungen/2013/2013-03-13-key-figures-2014-federal-budget-03.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

BMWi (2012), »Die Herbstprojektion 2012 der Bundesregierung«, *Monatsbericht* (11).

BMWi (2013), »Die Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung«, *Monatsbericht* (5).

BMWi und BMF (2012), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 17. Oktober 2012*, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-herbstprojektion-2012,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

BMWi und BMF (2013), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013*, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-fruehjahrsprojektion-2013,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Breuer, Chr. (2012a), »Keine strukturelle Verbesserung der Haushaltslage – zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2012«, *ifo Schnelldienst* 65(22), 13–18.

Breuer, Chr. (2012b), »Strukturelle Konsolidierung ohne Finanzpolitik – zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2012«, *ifo Schnelldienst* 65(10), 38–43.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2012), *Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, München.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013), *Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, München.